



INTER ACTION COUNCIL

Gegründet 1983

InterAction Council

20. Plenartagung

Abschluss-Kommuniqué

7-10 Juni 2002

Berlin, Deutschland

Der InterActionCouncil hielt seine 20. Plenartagung in Berlin, Deutschland, ab. Angesichts der Bedeutung Berlins für die Geschichte Europas im letzten Jahrhundert und als heutige Stätte einer so eindrucksvollen Neubelebung ist dies ein ausgezeichnete Tagungsort. Dies spiegelt sich in den Beratungen des Council in den letzten drei Tagen über die künftige Entwicklung der Europäischen Union und das humanitäre Völkerrecht wider.

Aktuelle Weltlage

1. Das Klischee, der 11. September habe die Welt verändert, ist weit verbreitet. Dies mag zwar eine vereinfachende Darstellung sein, doch besteht wenig Zweifel, dass der Terroranschlag die Ansichten der Amerikaner über die Welt und die der Welt über die Amerikaner tiefgreifend verändert hat. Den Terror gibt es seit Jahrhunderten, aber der 11. September hat allen seine mögliche Größenordnung und sein Ausmaß vor Augen geführt. Die Tatsache, dass ein Netz von Terroristen entstehen konnte, die im Nahen Osten geboren wurden, in Europa aufgewachsen sind und in den Vereinigten Staaten ausgebildet wurden, zeigt, dass die zunehmende Interdependenz ein wachsendes Konfliktpotenzial darstellt. Aber der Terroranschlag und seine Folgen machen auch deutlich, dass gemeinsames internationales Handeln immer notwendiger wird. Die bewusste Bereitschaft zur Toleranz wird in Zukunft ebenfalls immer wichtiger werden. Dies bedeutet, dass eine politische Führung ohne Rechenschaftspflicht nicht legitimiert und niemand berechtigt ist, ausschließlich seine Rechte, Ansprüche und Interessen zu verfolgen. Der InterActionCouncil ruft die Bürger und Regierungen in der Welt auf, Verständnis für die Vereinigten Staaten bei ihren Reaktionen auf die Angriffe zu zeigen. Zugleich unterstreicht der Council, wie gefährlich es ist, eine ausschließlich einseitige Strategie bei der Bekämpfung des Terrorismus zu verfolgen, und betont die Bedeutung der Vereinten Nationen bei der Wahrung der Herrschaft des Rechtes auf internationaler Ebene. Der InterActionCouncil empfiehlt den Staaten, gemeinsam auf internationale Krisen zu reagieren.
2. Während sich die Welt auf das Al-Quaida-Netz konzentriert, haben die Terroristen eine weitere Bedrohung des Weltfriedens in Kaschmir verschärft. Der Council ist tief besorgt über die derzeitigen Spannungen zwischen Indien und Pakistan, die zum Einsatz von Kernwaffen führen können. Wir rufen Pakistan auf, in Übereinstimmung mit seinen Verpflichtungen konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um das Eindringen von Terroristen über die Kontrolllinie und die Aktivitäten terroristischer Gruppen in seiner Kontrolle unterstehendem Gebiet zu unterbinden und zu verhindern. Wir rufen Indien und Pakistan auf, einen ernsthaften Dialog wieder aufzunehmen und mit der Völkergemeinschaft zur Herbeiführung einer dauerhaften Lösung des Konflikts zusammenzuarbeiten. Wir sprechen die Empfehlung aus, dass Indien und Pakistan einer internationalen Beobachtermission an der Kontrolllinie zustimmen, und dass sie diese Mission akzeptieren und mit ihr zusammenarbeiten, sobald sie verwirklicht ist.
3. Abgesehen von Kaschmir geht die größte Bedrohung des Weltfriedens vom Nahen Osten aus, konkret von den Konflikten zwischen Israel und seinen Nachbarn. Der InterActionCouncil ruft alle Parteien auf, die VN-Resolutionen einzuhalten; dies beinhaltet den Rückzug aus den besetzten Gebieten und die Schaffung eines palästinensischen Staates, wobei aber Israels Sicherheit zu gewährleisten ist. Der von Saudi-Arabien vorgeschlagene und von der Arabischen Liga unterstützte Friedensplan bietet die besten Aussichten auf eine endgültige Regelung und einen dauerhaften Frieden. Der InterActionCouncil ruft die Parteien mit Nachdruck auf, den Dialog wiederaufzunehmen, um eine Verhandlungslösung und einen dauerhaften Frieden in der Region zu erreichen.

4. Sowohl der Streit um Kaschmir als auch der Konflikt im Nahen Osten werden zum Teil durch die missbräuchliche Nutzung der Religion für politische Zwecke angeheizt. 1987 rief der Gründer des InterActionCouncil, Takeo Fukuda, die Führer von fünf großen Religionen in Rom zusammen, um die Verständigung zwischen den großen Weltreligionen zu fördern. Der Council förderte diese Initiative weiter, indem er eine Gruppe einsetzte, die 1997 "Eine Allgemeine Erklärung der Verantwortlichkeiten des Menschen" erarbeitete. Vor kurzem hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan einen Dialog zwischen den Kulturen einberufen, und die Weltbank hat die "World Faiths Development Dialogue"-Kommission eingesetzt. Der InterActionCouncil begrüßt diese Initiativen und ruft die führenden Politiker in der Welt, insbesondere die G8 auf, mit den Führern der großen Weltreligionen zusammenzukommen, um die Toleranz und die Achtung aller zu fördern. Dies ist umso wichtiger, als seit dem 11. September Extremisten auf allen Seiten versuchen, religiöse Spannungen für politische Zwecke auszunutzen. Der InterActionCouncil wird religiöser Toleranz und Vielfalt weiterhin Priorität einräumen und mit allen Organisationen, die ähnliche Ziele verfolgen, zusammenarbeiten.
5. Nach Auffassung des InterActionCouncil können Intoleranz und Terrorismus aus Ungerechtigkeit, Armut und sozialer Entbehrung entstehen. Der InterActionCouncil ist sich bewusst, dass es keine schnellen Lösungen oder Wundermittel gibt. Dennoch sind bestimmte Maßnahmen absolut unerlässlich, wenn in der Welt ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Gerechtigkeit hergestellt werden soll. Zu den wichtigsten zählen ein gerechteres System des Welthandels. Das heuchlerische Verhalten der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, die einen freien Welthandel fordern und zugleich die höchsten Agrarsubventionen in der Welt zahlen, muss ein Ende finden. Heute geben die reichen Länder 350 Milliarden US-Dollar im Jahr für Agrarsubventionen aus, sieben mal mehr, als sie für die gesamte Entwicklungshilfe aufwenden; dies entspricht grob dem gesamten BIP der afrikanischen Länder südlich der Sahara. Der InterActionCouncil empfiehlt den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und Japan, effektiv auf eine Verringerung der Agrarsubventionen hinzuwirken und die Märkte zu öffnen, da dies einer der notwendigen Wege ist, die Armut in den Entwicklungsländern zu lindern.
6. Aufgrund der Unterschiede in der Weltwirtschaft leben 80% der Menschen in der Welt von 16 % des globalen Einkommens. Dadurch werden Tragödien wie die AIDS-Epidemie in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara verschärft. 25 Millionen Menschen leiden an AIDS, und 17 Millionen sind gestorben. Der InterActionCouncil spricht der Gruppe der 8 seine Anerkennung dafür aus, dass sie Afrika zum Kernthema auf der Agenda der Tagung Ende des Monats gemacht hat, und fordert die Minister auf, konkrete Zusagen zur AIDS-Bekämpfung durch Beiträge an den Globalen AIDS-Fonds zu machen, der derzeit nicht über ausreichende Mittel verfügt.
7. Obwohl die Globalisierung bedeutende Vorteile gebracht hat, werden zu viele Menschen von der Entwicklung abgekoppelt. Bildung ist nach wie vor ein großes Problem und erhält in den Entwicklungsländern oft keine Priorität. Der InterActionCouncil ruft die Staatengemeinschaft auf, die UNESCO-Initiative "Bildung für alle" zu unterstützen, und weist vor allem auf die "digitale Kluft" zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern hin, wodurch das Gefälle nur noch größer wird. Es ist unerlässlich, dass die ärmeren Länder ebenfalls in den Genuss der Vorteile der Globalisierung gelangen. Dazu müssen wir neue Überlegungen zu einigen wichtigen Aspekten der Globalisierung und ihrer Auswirkungen anstellen. Der InterActionCouncil unterstützt die von der Weltbank und dem IWF lancierte Strategie zur Verringerung der Armut als wichtigen Schritt auf dem Weg zu der Eigenverantwortlichkeit der Staaten für ihre Entwicklung und als Abkehr von einem einheitlichen Konzept. Die Mitglieder des Council unterstützen die Bemühungen, den Prozess zur Schaffung eines Dialogs zwischen den Regierungen, der Zivilgesellschaft und den Geberländern über die

Entwicklungsstrategie zu nutzen. Der InterActionCouncil ruft die beiden Institutionen auf, die Bedingungen weiter zu lockern, insbesondere diejenigen, die zu verringerten Sozialausgaben führen können. Gesundheit, Bildung und die grundlegende Infrastruktur stehen nach wie vor im Zentrum der Entwicklung.

8. Die Probleme bei der Entwicklung der Welt und der wirtschaftlichen Stabilität sind in Lateinamerika besonders offenkundig; hier haben fallende Rohstoffpreise und die sich daran anschließende Abwertung der Währungen zu niedrigen Wachstumsraten und hoher Arbeitslosigkeit geführt. Außerdem gibt es keine Verbesserungen im Bereich der Governance. Gesamtwirtschaftliche Lösungen reichen als solche nicht aus. Entwicklung erfordert ein Gleichgewicht zwischen einer auf Wachstum ausgerichteten Marktwirtschaft und staatlichen Maßnahmen zur Förderung der Gerechtigkeit.
9. Ökologischer Druck stellt ebenfalls eine neue Herausforderung dar. Obgleich die Auswirkungen der globalen Erwärmung nicht quantifiziert wurden, wird unsere weitere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen letztlich Millionen Menschen zum Umzug zwingen, um steigenden Meeresspiegeln zu entgehen. Da steigende Meeresspiegel zu einer Verringerung des vorhandenen Lebensraums führen und die Bevölkerungsdichte zunimmt, dürften Konflikte noch wahrscheinlicher werden. Der InterActionCouncil ruft alle Länder auf, das Kyoto-Protokoll unverzüglich zu ratifizieren.
10. Die verantwortlichen Politiker sollten sich dessen bewusst sein, dass Massenbewegungen von Menschen teilweise wegen des großen Wohlstandsgefälles zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern anhalten werden. Außerdem steigt durch den Wohlstand im Westen, gekoppelt mit einer alternden Bevölkerung, die Nachfrage nach Arbeitskräften, von denen ein Großteil aus den ärmeren Ländern kommen wird. Wenn die führenden Politiker Zuwanderer begrüßen, haben sie die Pflicht, ihre Bürger über die Vorteile aufzuklären, die die Zuwanderung bringt. Der Zulauf, den rechtsextreme Parteien erhalten, zeigt, wie explosiv das Thema Zuwanderung sein kann.
11. Das zunehmende Wohlstandsgefälle wird diejenigen Menschen, die in erbärmlichen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, weiterhin dazu verlocken, ein besseres Leben in den Industrieländern zu suchen. Da die Industrieländer mit einer wachsenden Zahl von Asylbewerbern konfrontiert sind, fordert der InterActionCouncil mit Nachdruck eine menschliche Behandlung und eine zügige Bearbeitung der Anträge auf Gewährung des Flüchtlingsstatus. Einige Länder haben durch eine Diskriminierung dieser Menschen gegen das Flüchtlingsabkommen von 1951 verstoßen. Wir rufen die Industrieländer auf, Asylbewerber im Geiste des Mitgefühls und der Menschlichkeit zu behandeln. In einigen Jahren wird die EU erfolgreich über 400.000 neue Bürger auf der Grundlage von Menschlichkeit und Mitgefühl aufgenommen haben. Die Probleme, die durch Flüchtlinge aufgeworfen werden, dürften noch zunehmen, wenn die Armut in der Dritten Welt und die Probleme im Nahen Osten und in Südasien nicht energisch bekämpft werden. Wohlhabende Länder werden weiterhin einen Anziehungspunkt für die Menschen darstellen, die in extremer Armut leben, und wenn die entwickelten Länder keine wirksamen Maßnahmen ergreifen, dürfte eine dauerhafte Lösung nicht zu erreichen sein.

Der InterActionCouncil spricht daher folgende Empfehlungen aus:

- *Die Gefahren einer ausschließlich einseitigen Strategie bei der Bekämpfung des Terrorismus müssen im Auge behalten und die Bedeutung der VN bei der Achtung und Stärkung der internationalen Rechtsstaatlichkeit hervorgehoben werden.*
- *Indien und Pakistan sollen die internationale Beobachtermission entlang der Kontrolllinie in Kaschmir akzeptieren und mit ihr zusammenarbeiten.*

- *Alle Parteien des arabisch/israelischen Konflikts sollen die VN-Resolutionen einhalten; dies beinhaltet den Rückzug aus den besetzten Gebieten und die Schaffung eines palästinensischen Staates bei Gewährleistung der Sicherheit Israels. Der Council ruft die Parteien mit Nachdruck auf, den Dialog wiederaufzunehmen, um eine Verhandlungslösung und einen dauerhaften Frieden in der Region zu erreichen.*
- *Die Vereinigten Staaten, die EU und Japan sollen die Agrarsubventionen als notwendiges Mittel zur Unterstützung der Entwicklungsländer effektiv verringern.*
- *Die G8-Minister sollen konkrete Zusagen zur Bekämpfung von AIDS durch verstärkte Beiträge zum Globalen AIDS-Fonds machen, der derzeit finanziell unzureichend ausgestattet ist.*
- *Die Staatengemeinschaft soll die UNESCO-Initiative "Bildung für alle" unterstützen und der "digitalen Kluft" zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern ihre Aufmerksamkeit schenken, die, falls sie nicht überwacht wird, das Wohlstandsgefälle nur noch verschärfen wird.*
- *Alle Staaten sollen das Kyoto-Protokoll unverzüglich ratifizieren.*
- *Die entwickelten Länder sollen Asylbewerber nicht diskriminieren, sie mit Mitgefühl behandeln und ihre Anträge so rasch wie möglich bearbeiten.*
- *Die Staats- und Regierungschefs der G8 sollten mit den Führern der großen Weltreligionen zusammenkommen, um Verständnis, Toleranz und Respekt für alle zu fördern.*
- *Die Verständigung zwischen den großen Weltreligionen soll auch in Zukunft gefördert werden.*

Die künftige Entwicklung der Europäischen Union

12. Der Council begrüßt den Bericht des Vorsitzenden Helmut Schmidt über das Treffen der Expertengruppe auf hoher Ebene über die künftige Entwicklung der Europäischen Union, das vom 11. – 12. April 2002 bei der UNESCO in Paris stattfand¹.
13. Obwohl Europa in den letzten fünfzig Jahren bei der Schaffung einer neuen europäischen Identität und Struktur enorme Fortschritte erzielt hat, ist ein demokratisches Gemeinwesen ohne die Unterstützung seiner Bürger nicht lebensfähig, und der Enthusiasmus der Europäer in Bezug auf die Institutionen der Europäischen Union hat stetig abgenommen. Die Unzufriedenheit schlägt sich in einer geringen Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, in den Ergebnissen europäischer Referenden und im Unbehagen über die Machtverteilung in einem nicht transparenten Brüssel nieder. Die führenden europäischen Politiker müssen sich unverzüglich mit dem Problem der Distanzierung der Bürger auseinandersetzen.
14. Die Institutionen in der EU wurden schrittweise im Laufe von 50 Jahren aufgebaut und waren ursprünglich für die Bedürfnisse von sechs Staaten konzipiert. Im Zuge der Erweiterung der Union auf 25 Mitglieder ist eine Reform dieser Institutionen wesentlich, insbesondere die Ausweitung ihrer demokratischen Legitimation. Dies könnte

¹ Vollständiger Bericht ist beigefügt.

Mehrheitsentscheidungen der Staaten bei allen legislativen Angelegenheiten außer Verträgen und Verfassungsänderungen einschließen. Außerdem sollte der Präsident der Kommission vom Parlament gewählt werden. Die politische Verantwortlichkeit der Kommission sollte gestärkt werden. Das Europäische Parlament sollte mit den nationalen Parlamenten zusammenarbeiten, das Subsidiaritätsprinzip achten (d.h. das Prinzip, Angelegenheiten möglichst auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zu regeln und nicht immer alle Entscheidungen auf die zentrale europäische Ebene zu bringen) und sich darauf konzentrieren, die demokratische Legimitation zu wahren und ausufernde Regelungen zu kontrollieren.

15. Eine Differenzierung zwischen Staaten mit unterschiedlichen Zielsetzungen – variable Geometrie – sollte als Weg zur Förderung von Flexibilität und Realismus im europäischen System unterstützt werden. Lange Übergangsphasen für neue Mitglieder und neue Initiativen, die Möglichkeit der Nichtbeteiligung für bestimmte Staaten und eine bessere Zusammenarbeit in bestimmten Themenbereichen sollten nicht als Abweichung von einem europäischen Ideal, sondern als nützliches und praktisches Mittel zur Förderung des Zieles der europäischen Integration betrachtet werden.
16. Die Erweiterung Europas ist eine Priorität, eine Pflicht und ein Ideal. Einer der bedeutendsten Beiträge der Europäischen Union besteht darin, dass sie Demokratie, Chancen und Wohlstand mehrt.
17. Die Europäische Union ist ein laufendes Projekt. Die Einführung der gemeinsamen Währung und die vereinbarte Aufnahme der Charta der Grundrechte in den allgemeinen Vertrag sind bedeutende Erfolge. Es ist wichtig, dass ein starkes Europa auf dieser Grundlage eine ausgleichende Rolle in internationalen Angelegenheiten spielt. Die EU kann viele wichtige Maßnahmen in Bezug auf kritische Fragen ergreifen; dazu zählen die Probleme im Nahen Osten, der künftige Kurs im Krieg gegen den Terror und besonders die dringlichen Fragen in Südasien. Als unmittelbaren Schritt sollte die EU in Erwägung ziehen, ihre Stimmanteile in den Vorstandsgremien der Weltbank und des IWF zu bündeln, wodurch Europa größeren Einfluss erhalten wird.
18. Der Council begrüßt die neue Partnerschaft zwischen Russland und der NATO und hofft ebenso, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und der EU weiter intensiviert werden können.

Der InterActionCouncil spricht daher folgende Empfehlungen aus:

- *Der Präsident der Kommission soll vom Parlament gewählt werden. Die politische Verantwortlichkeit der Kommission soll gestärkt werden.. Das Europäische Parlament soll mit den nationalen Parlamenten zusammenarbeiten, das Subsidiaritätsprinzip achten und sich darauf konzentrieren, die demokratische Legimitation zu wahren und ausufernde Regelungen zu kontrollieren.*
- *Die EU soll in Erwägung ziehen, ihre Stimmanteile in den Vorstandsgremien der Weltbank und des IWF zu bündeln, um Europa größeres Gewicht zu verleihen.*
- *Die EU und wichtige Staaten der EU sollen bei der Lösung von internationalen Konflikten eine bedeutendere und effizientere Rolle spielen.*

Humanitäres Völkerrecht, humanitäre Krisen und militärische Intervention

19. Der Council begrüßt mit Nachdruck den Bericht des Vorsitzenden Malcolm Fraser über das Treffen der Expertengruppe auf hoher Ebene zum Thema Humanitäres Völkerrecht, humanitäre Krisen und militärische Intervention, das vom 22.-23. April 2002 an der John F. Kennedy School of Government, Harvard University, stattfand².
20. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Staatengemeinschaft angesichts weitverbreiteter Grausamkeit und grober Menschenrechtsverletzungen tatenlos zusieht. Der VN-Sicherheitsrat hat die zunehmende Bereitschaft bekundet, militärische Intervention nach Kapitel VII der VN-Charta zu genehmigen, um eine weitere humanitäre Katastrophe zu vermeiden. Zuweilen wurden die Beschlüsse des Rates jedoch aus rein politischen Gründen durch die Ausübung des Vetorechts durch eines der fünf ständigen Mitglieder vereitelt. Im Falle massiver Menschenrechtsverletzungen ist es völlig inakzeptabel, wenn ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrats die kollektive Entscheidung des Gremiums, solche Verletzungen durch einen Militäreinsatz zu beenden, blockiert. Eine dogmatische Verpflichtung zur Genehmigung durch den Rat als die einzige Instanz, die über die Rechtmäßigkeit einer Intervention entscheidet, wird problematisch in Anbetracht eines durch die Ausübung des Vetorechts zum Ausdruck gebrachten politischen Starrsinns.
21. Ein weiteres Problem stellt ein unilateraler Anspruch auf das Recht dar, aus humanitären Gründen zu intervenieren. Die kollektiven Durchsetzungsmechanismen der VN-Charta waren als Schutz vor den Gefahren des ungezügelten Einsatzes von Waffengewalt gedacht. Die schwerwiegendste Folge, die sich aus dem NATO-Einsatz im Kosovo ohne Genehmigung des Sicherheitsrats ergibt, ist die Möglichkeit, dass andere Staatengruppen beschließen könnten, dass auch sie das Recht haben, aus humanitären Gründen zur Waffe zu greifen und selbst über die Umstände zu entscheiden, die einen Waffeneinsatz rechtfertigen.
22. In Fällen, in denen die Beschlussfassung des Sicherheitsrats behindert wird, besteht die Möglichkeit, dass die VN-Generalversammlung zu einer außerordentlichen Dinglichkeitstagung einberufen wird, auf der sie mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Staaten einen militärischen Einsatz empfehlen kann. Derzeit mangelt es der VN-Generalversammlung an den Mitteln zur Empfehlung einer militärischen Intervention. Da dieses Verfahren mit logistischen und finanziellen Auswirkungen verbunden ist, würde eine Empfehlung des Plenums der zwischenstaatlichen Gemeinschaft einem Militäreinsatz größere Legitimität verleihen.
23. Humanitäre Krisen wie Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit ergeben sich selten spontan. Die Völkergemeinschaft muss Initiativen würdigen, mit denen mögliche Konfliktherde aufgespürt und Abhilfestrategien konzipiert werden. In Maßnahmen zur Abwendung humanitärer Krisen liegen erhebliche Vorteile, und alle diesbezüglichen Bemühungen sollten unterstützt und gefördert werden. Insbesondere könnten die "guten Dienste" des VN-Generalsekretärs nach Artikel 99 der Charta bekräftigt und verstärkt werden – möglicherweise durch eine im Konsens verabschiedete Erklärung der VN-Generalversammlung. Der InterActionCouncil vertritt die Auffassung, dass der Generalsekretär mit einem vereinbarten Mandat ausgestattet werden sollte, dem VN-Sicherheitsrat bevorstehende humanitäre Katastrophen zu melden, und dass er die finanzielle und politische Unterstützung erhalten sollte, die notwendig ist, um die zur Wahrnehmung dieser verstärkten Rolle erforderlichen Strukturen und Verfahren zu schaffen.

² Vollständiger Bericht ist beigefügt.

24. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es verstärkte Rufe nach einer Weiterentwicklung des Völkerrechts geben, um Militäreinsätze aus humanitären Gründen ohne Genehmigung des Sicherheitsrats in den Fällen zuzulassen, in denen die Genehmigung durch die Nutzung des Vetorechts verhindert wird. Der InterActionCouncil hält es für entscheidend, dass die Völkergemeinschaft klare Kriterien für die Praxis aufzeigt und sich darauf verständigt. Gibt es keine vereinbarten Kriterien für eine Intervention aus humanitären Gründen, besteht die große Gefahr, dass zweifelhafte Ansprüche zur Rechtfertigung der Aggression geltend gemacht werden.
25. Bei der Bewältigung von Krisen entsteht ein großer Zeit- und Effizienzverlust durch das Fehlen eines ständigen Budgets für die Umsetzung von Beschlüssen des Sicherheitsrats, der Generalversammlung und regionaler Behörden wie der Afrikanischen Union. Sobald eine politische Entscheidung getroffen ist, dauert es Wochen, bis die Finanzierung gesichert ist. Afrika leidet besonders unter diesem Problem. Zur Erleichterung der raschen Umsetzung von Beschlüssen sollten ständige Finanzreserven zugewiesen werden. Der InterActionCouncil spricht die Empfehlung aus, dass alle einschlägigen Regierungen und multilateralen Institutionen 10 % ihres Entwicklungshilfebudgets für die dauerhafte Finanzierung von Militäreinsätzen aus humanitären Gründen zur Verfügung stellen.
26. Die laufenden Bemühungen zur Stärkung der Rechenschaftspflicht im Falle von Grausamkeit müssen ebenfalls gefördert werden. Das bevorstehende Inkrafttreten des Römischen Statut für den Internationalen Strafgerichtshof am 1. Juli 2002 stellt einen historischen Meilenstein dar. Der neue Gerichtshof verfügt über das Potenzial, seit der Gründung der Vereinten Nationen im Jahr 1945 zur wichtigsten neuen internationalen Institution zu werden. Leider haben einige Staaten, die das Statut noch ratifizieren müssen, Besorgnis über vermeintliche Bedrohungen der nationalen Souveränität geäußert. In dem Statut ist eindeutig festgelegt, dass der Gerichtshof nur als letztes Mittel in Ergänzung der nationalen Strafgerichtsbarkeit tätig wird. Die Staaten, die bereit und in der Lage sind, die Gerichtsbarkeit über ihre eigenen Staatsangehörigen, die mutmaßlich das Römische Statut verletzt haben, auszuüben, sind zur Wahrnehmung der nationalen Gerichtsbarkeit unter Ausschluss des Internationalen Strafgerichtshofs berechtigt. Die Staaten, die noch ihre Ratifikationsurkunden hinterlegen müssen, werden vom InterActionCouncil aufgefordert, dies so rasch wie möglich zu tun, um die internationale Glaubwürdigkeit des Gerichtshofs in dieser entscheidenden Phase seiner Existenz zu stärken.

Der InterActionCouncil gibt daher folgende Empfehlungen ab:

- *In Situationen, in denen der VN-Sicherheitsrat nicht in der Lage oder nicht willens ist, eine militärische Intervention zu genehmigen, soll die Nutzung des Verfahrens einer außerordentlichen Dringlichkeitstagung der VN-Generalversammlung als alternative multilaterale Unterstützung für eine militärische Intervention aus humanitären Gründen in Erwägung gezogen werden.*
- *Die Völkergemeinschaft soll klare Kriterien für Militäreinsätze aus humanitären Gründen aufzeigen und sich darauf verständigen. Ohne solche Kriterien besteht die große Gefahr, dass zweifelhafte Ansprüche zur Rechtfertigung der Aggression geltend gemacht werden.*
- *Die Völkergemeinschaft soll Überlegungen und Methoden zur Konfliktverhütung entwickeln; dies schließt Frühwarnung, die Messung von Spannungen und Beobachtung ein.*

- *Alle einschlägigen Regierungen und multilateralen Institutionen sollen 10 % ihres Entwicklungshilfebudgets für die dauerhafte Finanzierung einer militärischen Intervention aus humanitären Gründen zur Verfügung stellen.*
- *Die Staaten, die ihre Urkunden zur Ratifikation des Römischen Statuts für den Internationalen Strafgerichtshof noch hinterlegen müssen, sollen dies so rasch wie möglich tun, um die internationale Glaubwürdigkeit des Gerichtshofs zu stärken.*

List of Participants

Council Members

1. Helmut **Schmidt**, Chancellor of the Federal Republic of Germany (1974-1982)
2. Malcolm **Fraser**, Prime Minister of the Commonwealth of Australia (1975-1983)
3. Kiichi **Miyazawa**, Prime Minister of Japan (1991-1993)
4. Andries **van Agt**, Prime Minister of the Kingdom of the Netherlands (1977-1982)
5. Oscar **Arias**, President of the Republic of Costa Rica (1986-1990)
6. Valdis **Birkavs**, Prime Minister of the Republic of Latvia (1993-1995)
7. James **Bolger**, Prime Minister of New Zealand (1990-1997)
8. Ingvar **Carlsson**, Prime Minister of the Kingdom of Sweden (1986-91, 1994-96)
9. Miguel **de la Madrid** Hurtado, President of the United Mexican States (1982-1989)
10. Vigdís **Finnbogadóttir**, President of the Republic of Iceland (1980-1996)
11. Bacharuddin Jusuf **Habibie**, President of the Republic of Indonesia (1998-1999)
12. Gyula **Horn**, Prime Minister of the Republic of Hungary (1994-1998)
13. Kenneth **Kaunda**, President of the Republic of Zambia (1964-1991)
14. Jamil **Mahuad**, President of the Republic of Ecuador (1998-2000)
15. Abdul Salam **Majali**, Prime Minister of the Kingdom of Jordan (1993-95 and 97-98)
16. Ketumile **Masire**, President of the Republic of Botswana (1980-1998)
17. Maria de Lourdes **Pintasilgo**, Prime Minister of the Republic of Portugal (1979-1980)
18. Yevgeniy **Primakov**, Prime Minister of the Russian Federation (1998-1999)
19. Jerry John **Rawlings**, Head of State, Republic of Ghana (1982-2000)
20. Michel **Rocard**, Prime Minister of the Republic of France (1988-1991)
21. José **Sarney**, President of the Federative Republic of Brazil (1985-1990)
22. Hanna **Suchocka**, Prime Minister of the Republic of Poland (1992-1993)
23. George **Vassiliou**, President of the Republic of Cyprus (1988-1993)
24. Richard **von Weizsäcker**, President of the Federal Republic of Germany (1984-1994)

25. Olusegun **Obasanjo**, President of the Federal Republic of Nigeria (1999-)

26. Isamu **Miyazaki**, Secretary-General

Special Guests

27. Dr. Caroline **Anstey**, Spokesperson, World Bank
28. Thomas **Axworthy**, Chairman, the Asia Pacific Foundation of Canada
29. Prof. Stefan **Collignon**, Professor of the London School of Economics
30. Dr. Klaus **Hänsch**, Mitglied des Europäischen Parlaments
31. Prof. Nagao **Hyodo**, Prof. Tokyo Keizai University
32. Prof. Emeritus Hans **Küng**, Tübingen University
33. Dr. **Lee**, Seung-Yun, Former Deputy Prime Minister of Korea
34. Prof. Timothy **McCormack**, University of Melbourne
35. Prof. **Rhee**, Seung Keun, President, Sogang University
36. Mr. Seiken **Sugiura**, Senior Minister for Foreign Affairs of Japan
37. Dr. **Song** Jian, Vice Chairman of the National Committee of the Chinese People's Political Consultative Conference
38. Dr. Teizo **Taya**, Board Member, Bank of Japan

39. Dr. Ludger **Volmer**, Staatsminister im Auswärtigen Amt

Invited Journalists

- 40. Mr. Nikolaus Hermann **Blome** (Die Welt)
- 41. Mr. Jochen **Buchsteiner** (Frankfurter Allgemeine Zeitung)
- 42. Mr. Bernd **Matthies** (Tagesspiegel)
- 43. Mr. Michael **Naumann** (Die Zeit)
- 44. Mr. John **Vinocur** (International Herald Tribune)



INTERACTION COUNCIL

Tokyo Secretariat

Address: 3-16-13-609 Roppongi, Minato-ku, Tokyo 106-0032, Japan

Tel: 81-3-5549-2950 Fax: 81-3-5549-2955

e-mail: interact@estate.ocn.ne.jp

website: <http://www.interactioncouncil.org>